

# Schwarz-Grün in Tirol

## Die standortpolitischen Folgen der Landtagswahl 2013

Alexandra Siegl, Peter Hajek, Walter Osztovcics, Andreas Kovar

16. Mai 2013

### Inhalt

---

|  |    |
|--|----|
| Ergebnisse der Landtagswahl .....                                  | 2  |
| Analyse der Kampagnen .....  | 5  |
| Politische Szenarien .....   | 9  |
| Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen ..... | 11 |

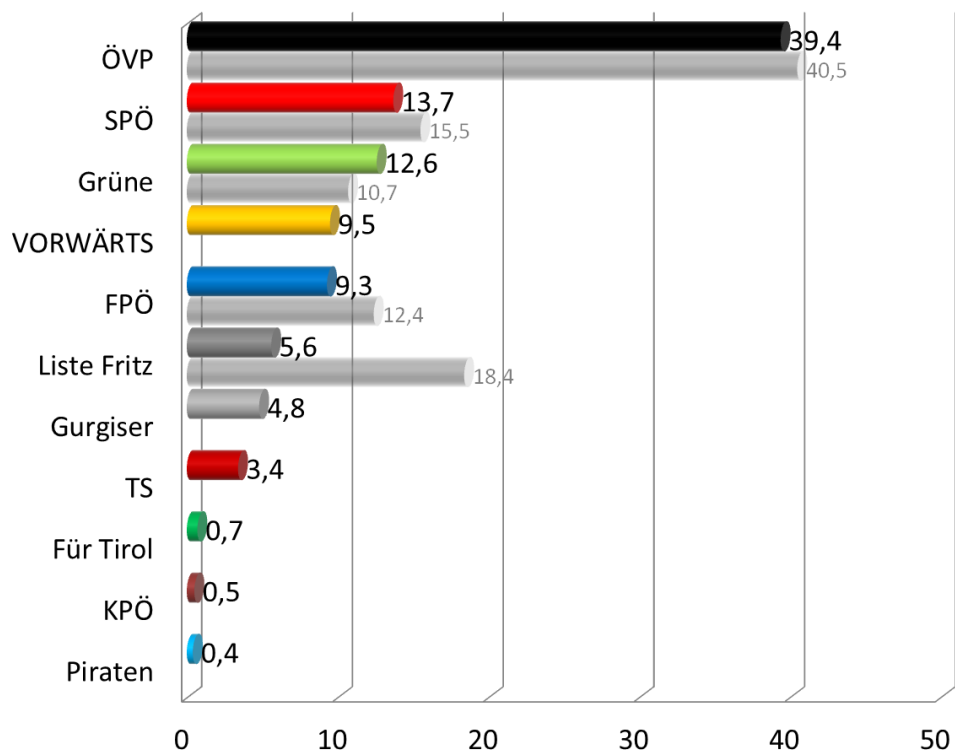
*Alle nachfolgenden auf Personengruppen bezogenen Formulierungen verstehen sich als geschlechtsneutral.*

Kovar & Köppl Public Affairs Consulting GmbH  
1010 Wien, Dorotheergasse 7, Österreich  
T: +43 (1) 522 9220, F: +43 (1) 522 92 20-22  
office@publicaffairs.cc, www.publicaffairs.cc

Peter Hajek Public Opinion Strategies GmbH  
1010 Wien, Dorotheergasse 7, Österreich  
T: +43 (1) 513 2200, F: +43 (1) 513 2200-60  
office@peterhajek.com, www.peterhajek.com

## Ergebnisse der Landtagswahl

Gar nicht so einfach, so eine Landtagswahl. Zwischen insgesamt 11 kandidierenden Gruppen konnten sich die Tirolerinnen und Tiroler am 27. Mai entscheiden, in erster Linie handelte es sich dabei um ehemalige ÖVP-Politiker, die sich mit eigenen Listen von ihrer ehemaligen Partei losgesagt haben. Und zwei dieser Splittergruppen waren auch die großen Unbekannten in der Wahlauseinandersetzung: Einerseits die Liste Fritz, die 2008 aus dem Stand 18% erreicht hatte, allerdings 2013 ohne Parteigründer und Namensgeber Dinkhauser antreten musste, andererseits die Liste Vorwärts Tirol, gegründet von der prominenten ehemaligen ÖVP-Politikerin Anna Hosp, der ebenso bekannten Bürgermeisterin von Innsbruck, Christine Oppitz-Plörer und dem ehemaligen SPÖ-Politiker Hans Lindenberger. Ihnen waren im Vorfeld gute Chancen eingeräumt worden.



Vor dem Hintergrund der Listenvielfalt und der politischen Zersplitterung setzte die Tiroler ÖVP auf Kontinuität und Stabilität und fand mit dieser Argumentation Gehör bei der Bevölkerung. Mit 39,4% konnte die Partei ihren Stimmenanteil von 2008 annähernd halten. Viele hatten im Vorfeld mit größeren Verlusten gerechnet – allein schon wegen der zahlreichen Gegner, die alle das Brechen der VP-Mehrheit als Wahlziel verfolgt hatten. Auch die SPÖ fuhr mit 13,7% leichte Verluste ein, erreichte jedoch immerhin das Wahlziel Platz zwei. Dass beide Parteien damit das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte in Tirol erzielten, wurde

mit dem Umstand der vielen antretenden Listen erklärt. Ein wichtigerer Grund dürfte aber in beiden Fällen im Wegbrechen von Stammwählersegmenten liegen – eine Entwicklung, die nicht nur in Tirol zu beobachten ist. Platz drei konnten die Grünen mit ihrer neuen Spitzenkandidatin Ingrid Felipe für sich verteidigen. Die Partei legte an Stimmen und Prozenten zu, überholte die FPÖ und feierte den Wahltag als Erfolg. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass das Ergebnis zuletzt doch unter den selbstgesetzten Erwartungen geblieben war. Immerhin erreichten die Grünen eine Größe, die eine schwarz-grüne Koalition möglich machte. Diese Chance wurde in der Folge auch sehr konsequent genutzt.

Die Serie an Niederlagen der FPÖ hielt nach Kärnten und Niederösterreich auch in Tirol weiter an. Die Partei erreichte 9,3%, verlor damit rund 3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2008 und rutschte auf den fünften Rang, hinter die Grünen und hinter die Liste Vorwärts Tirol. Dabei hatten die Freiheitlichen diesmal – anders als in Kärnten, NÖ und Salzburg – kaum mit der Konkurrenz des Team Stronach zu kämpfen. Vielmehr verlor die Partei mit Abstand am stärksten an das Lager der Nichtwähler (30% der FPÖ-Wähler aus 2008)<sup>1</sup>.

Vorwärts Tirol erreichte aus dem Stand 9,5% und vier Sitze im Landtag. Die Liste speiste sich vor allem aus ehemaligen ÖVP- und Liste Fritz-Wählern, punktete also erwartungsgemäß in bürgerlichen Wählersegmenten<sup>2</sup>.

Nur knapp schaffte die Liste Fritz ohne Volkstribun Fritz Dinkhauser mit 5,6% der Wählerstimmen den Einzug in den Landtag. 2008 hatte es Dinkhauser geschafft, sich als rebellischer Herausforderer des schwarzen Landeshauptmanns van Staa zu positionieren. Zudem spielte ihm damals das in der Bevölkerung emotionalisierende Thema der Agrargemeinschaften in die Hände. Fünf Jahre später waren weder die Agrargemeinschaften mehr ein großes Thema, noch konnte die Partei neue Themen breitenwirksam aufbauen oder ihr Herausforderer-Image über die Legislaturperiode aufrecht erhalten – schon gar nicht ohne den Parteigründer an der Spitze. Überdies war schon während der Legislaturperiode auch „der andere Fritz“ abhanden gekommen – Ex-Mitstreiter Fritz Gurgiser (der Anti-Transit-Rebell) hatte sich mit Dinkhauser überworfen, seine eigene Fraktion gegründet und ohne Zweifel ehemalige Wähler der einst gemeinsamen Liste abgezogen. Auf sich gestellt, scheiterten die Transitgegner jedoch knapp und verpassten mit 4,8% den Einzug in den Landtag.

Weitaus deutlicher schrammte das Team Stronach an einem Landtagssitz vorbei. Das schlechte Abschneiden (3,4% der Wählerstimmen) kam aber nicht wirklich überraschend, denn die Partei hatte in den Wochen vor der Wahl ein völlig zerstrittenes Bild gegeben. Erst kämpften zwei Stronach-Listen um das Vorrecht, die „echte“ zu sein, dann sprach Parteigründer Frank Stronach ein Machtwort, mit dem er das Antreten sichern, aber nicht verhindern konnte, dass weitere Querelen den eigentlichen Wahlkampf überschatteten. Auf dem Höhepunkt des

---

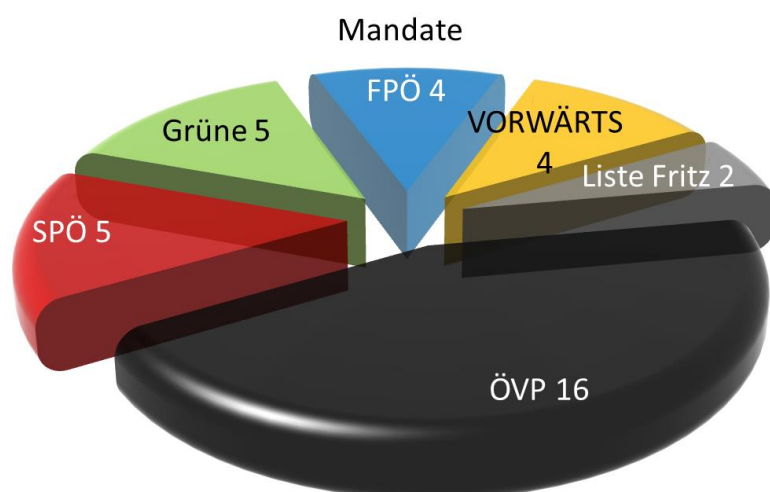
<sup>1</sup> Quelle: SORA Wählerstromanalyse Landtagswahl Tirol 2013:  
<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/lw-tir13.html>

<sup>2</sup> Quelle: SORA Wählerstromanalyse Landtagswahl Tirol 2013:  
<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/lw-tir13.html>

Streits sprachen verärgerte Ex-Mitstreiter dann sogar Empfehlungen aus, die eigene Partei nicht zu wählen.

Klar scheiterten schließlich auch die Liste Für Tirol (0,7%), die KPÖ (0,5%) und die Piraten (0,4%) am Einzug in den Landtag.

Damit erreichte die ÖVP wie schon 2008 16 der 36 Sitze im Landtag und hatte eine Fülle von Koalitions-Optionen zur Auswahl: Neben den Grünen (5 Mandate), mit denen man sich nach überraschend kurzen Verhandlungen schließlich einigte, wären SPÖ (5 Mandate) und FPÖ (4 Mandate) als Partner in Frage gekommen, rein arithmetisch auch Vorwärts Tirol (4 Mandate) – die hatten jedoch eine Koalition mit der ÖVP unter Platter bereits vorab ausgeschlossen. Zwei Sitze wird schließlich die Liste Fritz künftig im Tiroler Landtag innehaben.



Erwähnenswert ist schließlich auch noch die Wahlbeteiligung, die mit 60,4% einen Tiefstand erreichte. Wie die Wahltagsbefragung von Peter Hajek im Auftrag von ATV ergibt, lauteten die Top-Motive dafür, am Wahltag zu Hause zu bleiben: „Keine Zeit/verhindert“ – „mit Parteien unzufrieden/politikverdrossen“ (14% in der spontanen Fragestellung) und „weiß nicht, wen ich wählen soll/zu viele Listen“ (12%)<sup>3</sup>. Neben einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der Politik waren also offenbar auch die vielen neuen Parteien und Splittergruppen für Teile der Wählerschaft verwirrend.

<sup>3</sup> Quelle: Wahltagsbefragung von Peter Hajek im Auftrag von ATV:  
[http://www.peterhajek.com/media/pdf/ATV\\_LTW\\_Tirol\\_Wahltagsbefragung\\_final.pdf](http://www.peterhajek.com/media/pdf/ATV_LTW_Tirol_Wahltagsbefragung_final.pdf)

## Analyse der Kampagnen

---

Die Tiroler ÖVP startete mit einer „feel good“-Imagekampagne in den Wahlkampf, in der die gute Entwicklung Tirols und der Zusammenhalt im Land beschworen wurden. Unter dem Slogan „Tirol ist oben“ erläuterte Günther Platter in einem Spot während einer Bergtour, was bislang für das Land geleistet wurde und was er für die Zukunft plant, in Bereichen wie Gesundheit, Energieunabhängigkeit, Wohnbau oder Arbeitsplätze. In Anbetracht der vielen antretenden Listen schwenkte der Wahlkampf gegen Ende hin dann aber vor allem auf die Botschaft „Tirol muss regierbar bleiben“ um. Die Argumentation: Je stärker zersplittert die Parteienlandschaft, umso schwieriger wird es, Mehrheiten zu finden und politische Vorhaben umzusetzen. Und dazu griff man mitunter auch zu drastischen Vergleichen. So warnte man vor „italienischen Verhältnissen“ mit einem Plakat, auf dem Silvio Berlusconi einen Fiat 500 gegen die Wand fährt. Diese Argumentation war strategisch jedoch absolut richtig und traf in der Tiroler Bevölkerung einen Nerv. So war in der Wahltagsbefragung von Peter Hajek Kontinuität das drittstärkste Wahlmotiv der ÖVP-Wählerschaft. Umgekehrt gaben, wie erwähnt, 12% der Nichtwähler als Grund für ihre Wahlverweigerung die Verwirrung aufgrund der vielen Listen bzw. das „Polit-Theater“ als Grund an<sup>4</sup>.

Die SPÖ setzte neben sozialdemokratischen Themenklassikern wie Bildung („Bildungshochburg Tirol“), Soziales/Arbeit (Mindestlohn von 1.500€) und billigeres Wohnen mit einer Imagekampagne auf das Miteinander. „Wer für das Miteinander in Tirol zählt: DU“ war in übergroßen Lettern auf einem rot eingefärbten Plakat zu lesen. Zudem wurde mit Gerhard Reheis der Landeshauptmannanspruch gestellt („Tirols neuer Landeshauptmann. Gerhard Reheis“). Der Landeshauptmannanspruch war zur Mobilisierung der Wählerschaft strategisch gut gewählt und auch die Themen stießen in der Zielgruppe durchaus auf Gegenliebe – so war „Themen/Inhalte/Programm“ das dritt wichtigste Wahlmotiv nach „Stammwähler“ und „Arbeiterpartei“<sup>5</sup>. Die Kampagne blieb jedoch über Strecken zu vage, um eine echte Emotionalisierung der Wähler zu erreichen und auch der relativ neue Spitzenkandidat Gerhard Reheis hatte offenbar nicht ausreichend Zeit, Profil aufzubauen.

Die FPÖ fuhr wieder einmal einen klassischen FPÖ-Wahlkampf, der auf den Themen Sicherheit, Ausländer und Soziales aufbaute. Mit Sprüchen wie „Zeit für Sicherheit. Endlich Asylbetrüger abschieben“, „Federspiel statt Drogendeal“, „Zeit für Gerechtigkeit. Endlich Löhne zum Leben“ oder „Mieten runter und Löhne rauf“ sprach die Partei ihre Stammwählerschaft an. Die Kampagne war aber nur in geringem Ausmaß imstande, neue Wählergruppen anzusprechen.

---

<sup>44</sup>Quelle: Wahltagsbefragung von Peter Hajek im Auftrag von ATV:  
[http://www.peterhajek.com/media/pdf/ATV\\_LTW\\_Tirol\\_Wahltagsbefragung\\_final.pdf](http://www.peterhajek.com/media/pdf/ATV_LTW_Tirol_Wahltagsbefragung_final.pdf)

Lediglich aus der Wählerschaft von VP-Dissident Dinkhauser von 2008 konnten in achtbarem Ausmaß Wähler abgezogen werden<sup>6</sup>. Zusätzlich hatte die Partei Konkurrenz durch eine Reihe von Listen im bürgerlichen bis populistischen Umfeld, ein weiterer Grund für das mäßige Abschneiden der Partei.

Die Grünen setzten in ihrer Kampagne vorrangig auf die Themen Umwelt und Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Mit dem Slogan „Damit Tirol Grün bleibt“ trat die Partei dafür ein, die Erhaltung der Natur über die Interessen von Tourismus und Unternehmen zu stellen. Die relativ neue Spitzenkandidatin Ingrid Felipe wurde in ein Team gestellt, so waren auch andere bekannte Grün-Politiker wie etwa Gebi Mair auf den Plakaten zu sehen. Alles in allem wurde eine klassische Grüne Kampagne gefahren, von Inhalten und Aufmachung her beispielsweise vergleichbar mit dem Wahlkampf in Niederösterreich im März. Die Stammwählerschaft wurde damit gut angesprochen, doch wie die FPÖ schafften es auch die Grünen nur in begrenztem Ausmaß, neue Wählersegmente zu erobern. Im Unterschied zur FPÖ hatten die Grünen jedoch durch die neu antretenden Listen kaum Konkurrenz in ihrem Wählerpotenzial – höchstens mit Vorwärts Tirol dürfte es leichte Überschneidungen in bürgerlich-aufgeschlossenen Wählersegmenten gegeben haben. Insofern wäre sicher noch Potenzial für stärkere Zugewinne da gewesen.

Die neu antretende Liste Vorwärts Tirol setzte vor allem auf ihre Protagonistinnen und Protagonisten, allesamt bekannte Gesichter aus der Tiroler Politik. Anna Hosp, die ehemalige ÖVP-Politikerin aus dem Außerfern, die Innsbrucker Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, die in der Landeshauptstadt bereits mit einer eigenen bürgerlichen Liste angetreten war, und der ehemalige SPÖ-Politiker Hans Lindenberger bildeten im Wahlkampf ein Trio, das auch bei den Wählern gut ankam. So nannten (in der spontanen Fragestellung) 33% der Wähler der Liste „gute Personen/Spitzenkandidaten“ als Wahlmotiv. Mit 34% an erster Stelle der Wahlmotive für Vorwärts Tirol lag der Wunsch nach einem Wechsel in der Landespolitik<sup>7</sup>. Und auch darauf setzte die Partei. Mit dem Slogan „endlich fairändern“ sprach die Partei bürgerliche Wählergruppen an, denen die ÖVP zu eingerostet ist, und die sich eine Modernisierung der Landespolitik und des Landes wünschen. Inhaltlich setzte die Partei auf einen breiten Bogen an Themen wie die Abschaffung „unnötiger Bürokratie“, die transparente Verwendung von Steuergeld, ein Ende der „Amigo-Wirtschaft“ in der Tiroler Landespolitik, die Stärkung der Wirtschaft etc. Mit 9,5% aus dem Stand kam die Partei auf ein respektables Ergebnis. Sie punktete vor allem im bürgerlichen Lager. Laut Wählerstromanalyse gewann die Partei etwa 12.000 Wähler von der ÖVP, 6.000 Wähler von der Liste Fritz und an dritter Stelle

---

<sup>6</sup> Quelle: SORA Wählerstromanalyse Landtagswahl Tirol 2013:  
<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/lw-tir13.html>

<sup>7</sup> Quelle: Wahltagsbefragung von Peter Hajek im Auftrag von ATV:  
[http://www.peterhajek.com/media/pdf/ATV\\_LTW\\_Tirol\\_Wahltagsbefragung\\_final.pdf](http://www.peterhajek.com/media/pdf/ATV_LTW_Tirol_Wahltagsbefragung_final.pdf)

5.000 Personen aus dem Lager der Nichtwähler<sup>8</sup>. Verbesserungspotenzial wäre noch in einer Zuspitzung auf zwei, drei zentrale Kampagne-Themen gelegen.

Die Liste Fritz setzte in ihrer Kampagne neben dem großen Wahlkampfschlager aus 2008, den Agrargemeinschaften, wiederum auf das Brechen der „schwarzen Allmacht“ in Tirol und auf einen politischen Wechsel, und wiederum sollten Menschen aus dem ÖVP-Wählerpool angesprochen werden. Aufsehen erregte die Kampagne zwischenzeitlich mit einem Wahlkampfspot, in dem eine Frau in Minirock und High Heels zum „Fremdgehen“ in der Wahlkabine verführen sollte. Ansonsten verlief die Kampagne aber ohne große Überraschungen, die Partei konnte nicht an den Erfolg aus 2008 anknüpfen. Hintergrund war in erster Linie, dass der in Tirol bekannte und beliebte ÖVP-Rebell Dinkhauser nicht mehr persönlich antrat, zudem war das Leib und Magen-Thema der Partei, die Agrargemeinschaften, den Wählern 2013 nicht mehr so wichtig wie 2008. Ein neues Thema, mit dem man sich klar differenzieren hätte können, wurde nicht gefunden.

Transitgegner Fritz Gurgiser, 2008 noch auf der Liste Fritz, trat diesmal mit einer eigenen Liste an. Inhaltlich sprach sich Gurgiser gegen „Lobbyismus in der Politik“, gegen „Marionettenpolitik“ und „politische Rosstäuscher“ aus, zudem versprach er auf den Plakaten, sich „mit Herzblut“ für Arbeitsplätze, Wirtschaftsstärkung und Familien einzusetzen. Gurgiser wurde in der Kampagne als Mann aus dem Volk dargestellt, der gegen Missstände in Politik und Land kämpft und sich „mit Herz“ für die Tirolerinnen und Tiroler einsetzt. Die Positionierung des Spitzenkandidaten war also vergleichbar mit jener von Fritz Dinkhauser 2008. Das Feld „Kampf gegen die da oben“ hatte aber eine ganze Reihe von Listen besetzt. Gurgiser hätte mehr sein Leib-und-Magen-Thema Transit in den Vordergrund stellen sollen, denn dieses war für seine Wähler und Wählerinnen der Hauptgrund, ihm die Stimme zu geben.

Das Team Stronach startete nach internen Querelen mehr als holprig in den Wahlkampf und konnte die resultierenden Irritationen potenzieller Wähler bis zum Wahltag nicht mehr ausgleichen. Die Story liest sich selbst im Nachhinein verwirrend: Erst wurde Hans-Peter Mayr als Landesgeschäftsführer abgewählt. Dann reichten sowohl seine schnell eingesprungene Nachfolgerin Sonja Ulmer als auch Mayr selbst Wahllisten unter dem Namen Stronach bei der Behörde ein. Der Streit, wer von beiden die echte Partei wäre, eskalierte zur landesweiten Lachnummer, wobei vor allem gegen den bockigen Ex-Geschäftsführer Mayr geschossen wurde. Schließlich flog Frank Stronach persönlich in Tirol ein. Doch statt, wie erwartet, Mayr ruhigzustellen, erklärte er ihn überraschend zum wahren Spitzenkandidaten, Sonja Ulmer wurde ausgebootet. Dieser Zickzack-Kurs verstörte Stronach-Sympathisanten, ließ die Werte

---

<sup>8</sup> Quelle: SORA Wählerstromanalyse Landtagswahl Tirol 2013:  
<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/tw-tir13.html>

für „Verlässlichkeit“ in den Keller sinken und verschenkte Chancen in einem Umfeld, das ohnehin durch eine große Anzahl von Protestparteien geprägt war. Für die Anti-Establishment-Wähler war das Team Stronach nicht die einzige Alternative, viele wanderten ab. Inhaltlich setzte das Team Stronach neben den vielzitierten „Werten“ Wahrheit, Transparenz und Fairness vor allem auf Anti-EU-Rhetorik („Tirol entscheidet. Nicht Wien. Nicht Brüssel“).



## Politische Szenarien

---

Die auffälligste Auswirkung der Tiroler Wahl besteht ohne Zweifel im Regierungseintritt der Grünen. In der öffentlichen Wahrnehmung fiel die Nachrichten über eine schwarz-grüne Koalition in Innsbruck zeitlich noch dazu mit dem Wahltriumph der Salzburger Landespartei zusammen, was den Eindruck verstärkte, dass dieses Wahljahr für die Grünen einen Durchbruch bedeuten könnte. Allerdings darf in der Analyse nicht übersehen werden, dass die harten Zahlen ein deutlich differenzierteres Bild ergeben – erst in der öffentlichen Deutung wurde daraus eine Grüne Erfolgsserie.

Zur Erinnerung eine Gegenüberstellung:

- ▶ Wehrpflicht-Volksbefragung – die Grünen stehen auf Seiten der Verlierer
- ▶ Kärnten – mit plus 6,9 Prozentpunkten mehr als verdoppelt
- ▶ NÖ – mit plus 1,2 Prozentpunkten nur leicht verbessert
- ▶ Tirol – mit 1,9 Prozentpunkten Zugewinn unter den Erwartungen
- ▶ Salzburg - von 7,36 % auf über 20% fast verdreifacht

Die konkrete Situation macht also enorme Unterschiede. In Kärnten besteht der Erfolg im erstmaligen Aufstieg in die Landesliga und im Erringen der Themenführerschaft beim Kampf gegen Korruption und Filz. In Tirol ist es der Eintritt in die Regierung – sonst wäre das Ergebnis wohl ähnlich wie in Niederösterreich als „brav, aber da wäre mehr gegangen“ abgelegt worden.

Aktuelle Umfragen für die Nationalratswahlen von Mitte Mai zeigen, dass in Summe sehr wohl ein starker Rückenwind für die Grünen entstanden ist, vor allem natürlich durch Salzburg und Tirol. Die Bundespartei steht derzeit bei rund 15-16%, womit sie gegenüber dem Ergebnis von 2008 (10,5%) um mehr als die Hälfte zugelegt hätte.

Viel wichtiger als der Aufwind, der aus aktuellen Erfolgen entsteht, dürfte sich jedoch ein Gesamttrend auswirken, der erst in den politischen Umbrüchen nach den Wahlen so richtig sichtbar wird: Sauberkeit, Transparenz, Partizipation, gelebte Demokratie – das sind Anliegen, die politisch immer wichtiger werden. Die Tiroler Grünen haben nicht mit Umweltthemen die Wahl gewonnen, sondern mit ihrem Anspruch, Korruption und Filz zu beenden sowie mehr Mitbestimmung zu ermöglichen – in den skandalgeplagten Ländern Salzburg und Kärnten galt das noch in viel höherem Maße.

Tatsächlich zeigt auch das Regierungsprogramm, dass hier die Grüne Handschrift nicht so sehr in Umweltfragen sichtbar wird – was natürlich auch damit zusammenhängt, dass die meisten mit der Wasserkraft zusammenhängenden Fragen schlicht ausgeklammert wurden. Die auf den ersten Blick spannendsten Versprechen: Ein umfassendes Demokratiepaket soll die Partizipation verbessern. So soll unter anderem der Landtag und nicht die Landesregierung über Petitionen von Bürgern (in modernen Begriffen: über politischen Input aus der Zivilgesellschaft) beraten – wo Vorschläge bisher in Beamtschreibtischen verschwanden, wird künftig schon bei der Eingabe eine politische Debatte entstehen. Außerdem will

ausgerechnet das ÖVP-dominierte Tirol die Gesamtschule einführen, erst als Probelauf im Zillertal, dann im ganzen Land. Das ist ein Tabubruch. Gewiss wurde die Einsicht für konservative Geister unter anderem dadurch erleichtert, dass Südtirol seit 40 Jahren die Gesamtschule kennt und deutlich bessere PISA-Werte zustande bringt als das nördliche Mutterland – dennoch wäre ein solcher Schritt ohne Grüne kaum zustande gekommen.

Eine weitere Auswirkung auf den Bund wird spannend zu beobachten sein, weil sie sich nämlich erst allmählich bemerkbar machen dürfte: Die Grünen sind unversehens zu einer Länder-Partei geworden. Sie regieren in 4 Bundesländern aktiv mit, nämlich in Wien, Oberösterreich, Tirol und Kärnten. In zwei dieser Länder (Wien und Tirol) stellen sie sogar eine Landeshauptmann-Stellvertreterin. (Zu Redaktionsschluss dieses Berichts sind die Verhandlungen in Salzburg noch nicht abgeschlossen, es zeichnet sich aber das fünfte Bundesland und die dritte Landeshauptmann-Stellvertreterin ab).

Damit werden auch auf Bundesebene die politischen Positionen von Landes-Grünen wahrgenommen werden und Gewicht erlangen. Schon bisher waren die Grünen zwar eine stark föderalistische Partei, dies betraf aber vor allem die Basis und wurde vor allem bei der Erstellung von Wahllisten sichtbar. Künftig könnte es sein, dass – so wie bei SPÖ und ÖVP – auch bei den Grünen gelegentlich Zwischenrufe aus Salzburg, Innsbruck oder Klagenfurt in bundespolitische Auseinandersetzungen platzen.

Bundespolitische Interpretation erfordert auch das Abschneiden von FPÖ einerseits und Team Stronach andererseits. Für die Freiheitlichen war es die dritte Niederlage en suite, auf die allerdings eine Woche danach in Salzburg ein Zugewinn folgte. Letzterer muss jedoch relativiert werden, da Salzburg fast zur Gänze als Protestwahl interpretiert werden kann, also eine für die FPÖ günstige Themenlage herrschte. Doch die Stimmen der Empörten wanderten zu Grün und zu Stronach statt wie früher zur FPÖ. In bundesweiten Umfragen liegen die Blauen bei 19-20%, somit immerhin deutlich über dem Wahlergebnis von 2008 (17,5%), freilich auch weit unter den Umfragen vom Herbst 2012, wo manche die FPÖ mit 28% schon als stimmenstärkste Partei sahen.

Das Ergebnis des Teams Stronach bestätigt eindrucksvoll das Bonmot, das bereits nach den Landtagswahlen im März geprägt wurde: „Stronach hat ein Potenzial von 10-15%, dass er gewählt wird, kann nur er selber verhindern.“ In Tirol wurde vorgeführt, wie einfach es ist, ein sicheres Wählerpotenzial zu verprellen. Die Auswirkungen der Tiroler Querelen auf die Team-Stronach-Bundespartei dürften gering bleiben.

Die Entwicklung, die hier gesamtösterreichisch in Gang gekommen ist, wird spannend zu beobachten sein. Die Fragen, um die es geht, lauten: Bleibt es dabei, dass die aktuelle Proteststimmung stärker auf demokratische Erneuerung hin gerichtet ist, als auf Ressentiments (gegen Bonzen, gegen Ausländer, etc.) und daher Parteien wie den Grünen, aber auch den Neos, zugutekommt? Und bleibt es dabei, dass die typischen FPÖ-Protestwähler, denen Grüne, Neos, Piraten u.ä. zu „links“ oder zu „abgehoben“ sind, mit Stronach geteilt werden müssen?

## Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen

---

Public Affairs Verantwortliche wussten bisher: Bei der Interessenvertretung gegenüber Bundesländern spielen die Landtage nur eine geringe Rolle. Das wurde demokratiepolitisch oft genug bedauert, war (und ist) aber nicht zu leugnende Realität. In den Ländern fallen nur sehr wenige politische Entscheidungen so, dass die Landtagsabgeordneten dabei maßgeblich Einfluss nehmen. Umfassende Informations- und Überzeugungsarbeit bei den einzelnen Klubs ist in der Regel nicht erforderlich, viel eher konzentrieren Interessenvertreter ihre Kräfte auf die Landesregierungen.

In Tirol dürfte das nach dieser Wahl aber anders sein. Allein die Vielzahl an Parteien im Landtag lässt aktive Oppositionsarbeit erwarten, schließlich stehen ja die vier nicht regierenden Parteien auch zueinander in Konkurrenz. Dazu kommt, dass eine davon, nämlich die SPÖ, die zweitstärkste Fraktion stellt und naturgemäß den Anspruch erheben wird, bei wichtigen Fragen ihre Position und die Interessen ihrer Wähler einzubringen. Nicht zuletzt ist eine Aufwertung der demokratischen Institutionen ja auch ein Anliegen der regierenden Grünen.

Für die Public Affairs Arbeit in Tirol wird daher unbedingt empfohlen, Arbeitskontakte auch zu den Oppositionsparteien zu pflegen. Vielfach werden solche überhaupt erst aufgebaut werden müssen, da es bei allen Parteien zu Personalveränderungen kam.

„Zugehen auf alle Parteien und Wahren von Äquidistanz“ ist aber gewissermaßen nur Empfehlung Nummer zwei für Public Affairs Verantwortliche. An erster Stelle steht die Erkenntnis, dass es überhaupt einmal notwendig ist, auf die aktuellen Veränderungen zu reagieren. Das ist nämlich keineswegs selbstverständlich, im Gegenteil: Für bisherige Urnengänge im Land war es stets typisch, dass sie das politische Alltagsleben abseits von kleineren oder größeren Kräfteverschiebungen unangetastet ließen. Dank einer dauerhaften (wenngleich im Ausmaß schwankenden) ÖVP-Mehrheit und einer starken Verankerung der großen Parteien in informellen Strukturen blieben die Entscheidungsträger in wichtigen Fragen über lange Zeit unverändert.

Dieser Umstand wurde diesmal im Wahlkampf von mehreren Seiten teils heftig kritisiert. Für Vorwärts Tirol war es sogar ein zentrales Thema, die Spitzenkandidaten (als ehemalige ÖVP- und SPÖ-Abgeordnete sollten sie über die Verhältnisse im Land wohl bestens Bescheid wissen) prangerten die „Amigowirtschaft“ und den „Stillstand“ an. Die Liste Fritz wettete gegen „Seilschaften“, die Grünen thematisierten den „Filz“ im Lande. Die Verflechtungen zwischen Landespolitik und Wirtschaft werden daher vermutlich auch nach der Wahl Thema bleiben. Zwar wird die Privatisierung von Landesgesellschaften kaum auf die politische Agenda kommen, bisher ist auch das Wort von der „Entpolitisierung“ noch nicht gefallen. Ohne Zweifel aber wird der Ruf nach mehr Transparenz laut werden. Aufsichtsräte des Landes in Unternehmen, Beteiligungsverhältnisse oder personelle Naheverhältnisse werden immer wieder in der politischen Debatte eine Rolle spielen. Die Grünen in der Regierung werden

unter dem Erfolgsdruck stehen, zu beweisen, dass mit ihnen „anders regiert“ wird und werden daher ebenfalls auf Korrektheit, „Gewaltentrennung“ zwischen Wirtschaft und Politik und die Einhaltung der vorgesehenen Prozesse pochen.

Die Public Affairs Arbeit muss sich unbedingt rasch darauf einstellen. Wenn sich die Spielregeln nachhaltig ändern, kann das Festhalten am Business as usual leicht zur Falle werden – einer Falle, in die gerade erfahrene Interessenvertreter besonders leicht tappen könnten. Wo in der Vergangenheit mitunter souverän Abkürzungen auf dem Weg zu politischen Entscheidungen genommen wurden oder persönliche Kontakte Ermessensspielräume erweitern konnten – da wird künftig auch formale Korrektheit stärker gefragt sein und schlampiger Umgang mit Transparenz oder Compliance auf Widerstände stoßen.

Wie an dieser Stelle bereits wiederholt betont wurde, sind Korrektheit, Fairness und Transparenz einerseits sowie Good Governance und demokratische Partizipation andererseits Elemente eines längerfristigen Megatrends, der in Richtung von höheren Ansprüchen der Bürger an die Politik weist. Interessenvertretung sollte auf diesen Trend reagieren, indem sie sich als Teil des demokratischen Prozesses begreift und nicht als Teil eines „Spiels der Mächtigen“. Das Einbringen von Interessen ist dann gleichbedeutend mit sachlichem Input und leistet einen Beitrag zur Qualitätsverbesserung der Politik – und bedeutet eben nicht das Herausnehmen eines Privilegs unter Einsatz besonderer Naheverhältnisse zu den Entscheidungsträgern.

Empfehlung Nummer drei lautet: Es lohnt sich, offene Projekte einer neuen Chancen-Risiken-Analyse zu unterziehen – und zwar zum einen Projekte, die noch in der Schwebe sind und zum anderen liegengebliebene Anliegen von früher. Die neue Landeskoalition verspricht einen Paradigmenwechsel, was politische Entscheidungsfindung betrifft, zudem stehen beide Parteien vor der Notwendigkeit, das Funktionieren von Schwarz-Grün zu beweisen. VP-Chef Platter hat ja bereits seine Koalitionsform als Modell für den Bund gelobt. Daher könnten Projekte, die bisher als politisch machbar galten, aber in der Zivilgesellschaft auf Widerstand stoßen, ab sofort vor größeren Hürden stehen. Umgekehrt besteht die realistische Chance, dass Projekte, die bisher blockiert waren oder unmöglich schienen, neu aufgenommen werden. Die Gesamtschule zeigt ja bereits, welche Tabubrüche in neuen Konstellationen plötzlich möglich sind.

In beiden Fällen ist es nötig, sich auf das neue Umfeld einzustellen, den Aspekt der Akzeptanz solcher Projekte neu zu bewerten und danach in einen Dialog mit dem veränderten Stakeholderumfeld zu treten.

## Die Autoren

---



*Mag. Alexandra Siegl, MSc*

ist Consultant bei Peter Hajek Public Opinion Strategies. Die Meinungsforscherin ist spezialisiert auf die Schwerpunkte Demoskopie, politisches Marketing und Microtargeting. Alexandra Siegl studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und politische Kommunikation an der Donauuniversität Krems.



*Dr. Peter Hajek*

ist geschäftsführender Gesellschafter der Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Meinungsforscher und Politologe verfügt über internationale Erfahrung als Berater in Österreich, Deutschland und bei den UN in New York. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Markt- und Meinungsforschung und Strategieberatung. Er hält Lehraufträge an der Uni Wien, an der Uni Klagenfurt und der Donauuniversität Krems.



*Walter Osztovcics*

ist Politikberater und Partner von Kovar & Köppl. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur der deutschen Wirtschaftswoche und in Österreich bei Format, Kurier und der Wochenpresse.



*Andreas Kovar*

ist Partner von Kovar & Köppl und seit dreizehn Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.